

Antrag

der Abgeordneten Razborcan, Mag. Leichtfried, Cerwenka, Antoni, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kernstock, Onodi, Mag. Renner, Rosenmaier, Thumpser und Vladyka

betreffend ergänzende Maßnahmen zur Übernahme der Regional- und Nebenbahnstrecken durch das Land Niederösterreich

Verkehrspolitik ist auch Teil einer umfassenden Politik zum Schutz der BürgerInnen sowie der Umwelt vor den negativen Folgen des Verkehrs. Vor allem in den ländlichen Gebieten wurde die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs benachteiligt. Dadurch wurde in vielen Regionen das Angebot des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr entsprechend unattraktiv. Eine aktuelle Untersuchung des VCÖ zeigt, dass in Niederösterreich 55 % der Bevölkerung nie öffentliche Verkehrsmittel nutzt, damit liegt unser Bundesland nach dem Burgenland und Vorarlberg an dritter Stelle. Hier wird offensichtlich, dass wir ein Lückenschlussprogramm brauchen, um die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel attraktiver zu machen. Bestehende Bahnlinien müssen nicht nur erhalten, sondern auch modernisiert werden. Der Bus ist eine ideale Ergänzung für jene Gebiete, wo es kein Schienennetz gibt.

Die Stärkung und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs forciert aber auch den Klimaschutz. Deswegen sollte die durch den öffentlichen Verkehr resultierende CO₂-Ersparnis unbedingt in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Regionalbahnen einbezogen werden. Die CO₂-Entlastung durch eine Regionalbahn geht deutlich über den unmittelbaren Einzugsbereich der Regionalbahn hinaus. Denn wer gewohnt ist, im Individualverkehr nicht auf die „Nahversorgung“ durch öffentliche Verkehrsmittel zu verzichten, nutzt auch auf größeren Entfernungen vermehrt öffentliche Verkehrsmittel. Die Forcierung des öffentlichen Verkehrs ist damit ein wichtiger Teil, um das Kyoto-Ziel zu erreichen.

Mit der Einigung zwischen dem Bund, dem Land NÖ und den ÖBB zur Übernahme der Regional- und Nebenbahnstrecken durch das Land NÖ wurden langjährige Forderungen der SPÖ NÖ erfüllt und sie eröffnet für den NÖ Nahverkehr bzw. diverse Bahnlinien neue Chancen.

Das Land Niederösterreich übernimmt insgesamt 28 Bahnstrecken mit rund 600 km Gleis bzw. rund 10 Mio. m² Grund. Darunter befinden sich sämtliche bereits eingestellte Strecken, die Schmalspurbahnen (Mariazellerbahn, Waldviertler Schmalspurbahnen, Ybbstalbahn), drei normalspurige Bahnstrecken (Donauuferbahn zwischen Krems und Sarmingstein, Retz - Drosendorf, Schwarzenau - Waidhofen a.d.T.) sowie die Schneeberg-Zahnradbahn. Zugleich soll in den Ausbau jener Strecken investiert werden, die als Privatbahn weitergeführt werden. Insgesamt 140 Mio. Euro sind für die kommenden Jahre vorgesehen, die zu jeweils 45 Mio. Euro von Bund und Land NÖ kommen. Die ÖBB-Infrastruktur AG leistet einen Investitionszuschuss in der Höhe von 50 Mio. Euro. Daneben erhöhen Bund und Land den finanziellen Beitrag für den Schienennahverkehr in Niederösterreich stufenweise um 4,5 Mio. bzw. 8,8 Mio. Euro, sodass im Jahr 2013 vom Bund rund 178 Mio. und vom Land Niederösterreich 26,8 Mio. Euro für den Nahverkehr auf der Schiene bereitgestellt werden. Das Grundangebot des Bundes, das den überwiegenden Teil der täglichen Nahverkehrsleistungen ermöglicht, wird mit 22,9 Mio. Zugkilometern pro Jahr außer Streit gestellt. Das Land Niederösterreich leistet damit nunmehr einen deutlich höheren Beitrag als bisher.

Gleichzeitig ist aber das Land Niederösterreich gefordert, konkrete und nachhaltige Lösungen anzubieten: Nicht nur die Investitionen, sondern auch die neuen Fahrplankonzepte und vor allem auch die berufliche und arbeitsrechtliche Zukunft der betroffenen MitarbeiterInnen müssen abgeklärt werden, da bisher noch nicht klar ist, welche Investitionen, Modernisierungen oder Fahrplanänderungen es bei den betroffenen Bahnen geben wird.

Auch gibt es, ausgenommen bei der Mariazellerbahn, keine konkreten Festlegungen über Investitionen in die Infrastruktur bzw. die Betriebsmittel. Die Übernahme der Eigentumsrechte bedeutet ja schlussendlich nicht, dass die betroffenen Bahnen

weitergeführt werden. Zwar gibt es ein angekündigtes Investitionspaket von rund 140 Millionen Euro, allerdings gibt es derzeit keine Informationen darüber, wie diese Mittel regional verteilt bzw. für welche Strecken sie Verwendung finden sollen.

Das Stilllegen und Zusperrern von Nebenbahnstrecken kann jedenfalls nicht das Ziel von verschiedenen Streckenkonzepten sein. Wie zahlreiche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland zeigen, sind private Betreiber durchaus auch in der Lage, verloren geglaubte Nebenbahnstrecken mit innovativen Konzepten wirtschaftlich zu betreiben. Bevor daher eine Nebenbahnstrecke in Niederösterreich endgültig stillgelegt wird, müsste sie jedenfalls privaten Betreibern zum Fortbetrieb angeboten werden.

Zudem sind klare Konzepte zur Weiterentwicklung der Bahnen notwendig - mit engster Einbindung der lokalen AkteurInnen, BürgermeisterInnen, Gemeinden und der regionalen Initiativen, die sich für den Erhalt „ihrer Bahn“ über Jahre engagiert haben und mittels Unterschriftenaktionen, Öffentlichkeitsarbeit und auch eigenen Konzepten für die Zukunft ihrer Bahn gekämpft haben.

Sollte sich jedoch herausstellen, dass die Vereinbarung nicht zu den notwendigen und geforderten Modernisierungen der Bahnen bzw. zur Attraktivierung des Fahrplanangebots führt, werden die Bemühungen gemeinsam mit den BürgerInnen, den Gemeinden und den Bahninitiativen mit aller Kraft fortzuführen sein. Denn der Verkehr ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft und Gesellschaft – daher muss eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik aktiv gestalten und kann nicht nur auf äußere Einflüsse reagieren.

Durch die Übernahme der Regionalbahnstrecken durch das Land NÖ ist es notwendig, ein eigenes landesweites Schienen- und Straßenverkehrskonzept zu erstellen, das den Bedürfnissen der PendlerInnen entspricht – sonst werden diese das Angebot nicht wahrnehmen und weiterhin auf den Individualverkehr setzen –, gleichzeitig soll aber auch die touristische und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Regionen unterstützt werden. Es ist wichtig, die vorhandenen Strecken effizient und bedarfsgemäß zu nutzen.

Ein wichtiger Schritt dazu ist die Einrichtung eines Regionalbahnausschusses auf Landesebene unter Einbindung aller Betroffenen - Landtagsfraktionen, Gemeinden, BürgerInnen, regionale Initiativen und mögliche private Interessenten. Den Ausschussmitgliedern sollen alle Unterlagen, Gutachten und Vorschläge, auf deren Grundlage ein Vorschlag für ein regionales Verkehrskonzept erstellt wird, zur Verfügung gestellt werden. Dieser Regionalbahnausschuss soll mit beratender Funktion in die Schaffung eines eigenen landesweiten Schienen- und Straßenverkehrskonzeptes eingebunden werden, damit es nicht nur zu keinen weiteren Verschlechterungen im öffentlichen Verkehr kommt, sondern ein bedarfsorientiertes Angebot im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs geschaffen wird.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. einen Regionalbahnen-Ausschuss auf Landesebene unter Einbeziehung der Landtagsfraktionen, politischen VertreterInnen der jeweiligen Regionen, VertreterInnen der Bahninitiativen, PendlerInnen und betroffenen BürgerInnen zu schaffen,
2. vor Schließung von Regionalbahnstrecken die betreffenden Bahnen jedenfalls möglichen privaten Betreibern zum Fortbetrieb anzubieten

und

3. die Ausarbeitung von regionalen Mobilitätskonzepten unter Einbindung von BürgerInnenbeteiligungsverfahren, die zu einem NÖ Verkehrskonzept zusammengefasst werden, zu veranlassen.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zur Beratung zuzuweisen.